

Agrarsubventionen . nur mit klarem Leistungsauftrag

SGB: Ökologische Auflagen zwingend.

Der Bauernverband fordert jährlich 220 Millionen Franken mehr an Direktzahlungen. Die bürgerlichen Parteien wollen panikartig sparen - vor allem bei den Sozialversicherungen. Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB geht die Rechnung, gleichzeitig den „Tatbestand Bauer“ an sich als subventionswürdig und bedürftig zu erklären, nicht auf.

Der SGB bekennt sich in seinem Agrarleitbild zu folgenden zwei Hauptzielen:

- Erstens zu einer hochwertigen Nahrungsmittelversorgung zu Preisen, die sich schrittweise dem europäischen Niveau annähern.
- Zweitens zu Schutz und Pflege von Natur und Landschaft sowie zur Förderung der umwelt- und tiergerechten Produktion.

Direktzahlungen an ökologische Auflagen binden

Beide Ziele sind für den SGB gleichwertig. Was heisst das konkret? Es heisst punkto Instrumente der Landwirtschaftspolitik, dass

- produktunabhängige Direktzahlungen zwingend an ökologische und/oder extensivierende Auflagen zu binden sind. Als ökologischer Mindeststandard ist die integrierte Produktion anzustreben. Was nicht mindestens diesem Standard entspricht, darf nicht länger subventionswürdig sein;
- mit einer schrittweisen Abbau des Agrarprotektionismus der Wettbewerb, insbesondere auch in den vor- und nachgelagerten Stufen der Landwirtschaft, in welchen bisher mehr als die Hälfte der direkten und indirekten Agrarsubventionen verschwinden (Deregulierung), gefördert werden soll.

Dass diese Forderungen zukunftsweisend und nicht einfach realitätsfremd sind, bestätigt das Bundesamt für Landwirtschaft BLW. Bereits 1993 beteiligten sich 20 Prozent der Bauernbetriebe an einem umweltschonenden Anbauprogramm, für welches sie ökologische Zuschüsse erhielten. Für dieses Jahr erwartet das BLW eine weitere Zunahme um ein Drittel. Voraussetzung dafür, dass die ökologischen Massnahmen auch durch den Markt "entsprechend honoriert werden, ist allerdings, dass für Produkte aus integrierter Produktion und aus biologischem Anbau einheitliche Richtlinien erlassen werden und dass unabhängige Kontrollen stattfinden.

Weniger und nicht mehr Protektionismus ist verlangt

Wenn der SGB im Lichte dieser politischen Grundsätze die Vorschläge prüft, „mit denen der Bundesrat offenbar gewillt ist, die Uruguay-Runde des GATTI innerstaatlich umzusetzen“, so könne er seine Enttäuschung nicht verhehlen. Statt durch Kontingente und ähnliches solle die Landwirtschaft inskünftig einfach durch sehr hohe Zollmauern geschützt werden. Das Versprechen, mit der Uruguay-Runde würde ein Stück helvetischen Dirigismus verschwinden, scheint nach Ansicht des SGB unerfüllt zu bleiben. Aus gewerkschaftlicher Sicht sind zwei Punkte besonders hervorzuheben:

- Die vorgesehene Zweckbindung der Zölle wird vom SGB schärfstens bekämpft, zumal die Verteilung der Gelder offenbar über gewisse parastaatliche Organisationen laufen soll. Die Zeit der „Pfründenwirtschaft“ sollte in der Landwirtschaftspolitik ein Ende finden und durch die interne Umsetzung der Uruguay-Runde nicht noch ausgebaut werden.
- Die Nahrungsmittelindustrie ist bekanntlich gezwungen, ihre Rohstoffe in der Schweiz zu überhöhten Preisen einzukaufen, wobei sie zur Aufrechterhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit Exportsubventionen erhält („Schoggi-Gesetz“). Diese Exportsubventionen werden um 36 Prozent reduziert. Wenn der Produktionsstandort Schweiz erhalten werden soll, so muss die Nahrungsmittelindustrie ihre Rohstoffe kostengünstiger einkaufen können. Der SGB hält den Einkauf zu Weltmarktpreisen bzw. ein Preissplitting für inländische Stoffe für unerlässlich, um den drohenden massiven Verlust von Arbeitsplätzen aufzufangen. Auch hier kann nur ein Weniger und nicht ein Mehr an Protektionismus die Lösung bringen.

Fazit: Zahlungen an die Landwirtschaft können in der Schweiz inskünftig nur noch einen politischen Konsens finden, wenn sie an zwingende ökologische Auflagen im Sinne eines Leistungsauftrages gebunden sind.

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Statt Defensivgefechte zu führen, täten der Bauernverband und die schweizerische Landwirtschaft gut daran, die Zeichen der Zeit zu erkennen. (SGB).

Margrit Meier.

Der öffentliche Dienst, 30.9.1994.

Personen > Meier Margrit. Landwirtschaft. Subventionen. OeD, 1994-09-30

